

Diskurs und Dissens in der Weltgesellschaft

MICHAEL S. ABLÄNDER*

Rezension zu Guido Palazzo: Die Mitte der Demokratie, Baden-Baden, Nomos Verlag, 2002.

Mit seiner 2002 im Nomos Verlag erschienenen Dissertation: Die Mitte der Demokratie – Über die Theorie deliberativer Demokratie von Jürgen Habermas, legt Guido Palazzo einen umfassenden Entwurf einer Demokratietheorie unter den Bedingungen globaler Wirtschaftsstrukturen und pluralistischer Gesellschaften vor.

In Teil A des Buches fasst Palazzo die wesentlichen Argumentationsstränge der gegenwärtigen Debatte um eine deliberative Demokratie nach Habermas als Ausgangspunkt seiner eigenen weiteren Betrachtungen zusammen. In Anlehnung an „Faktizität und Geltung“ stellt Palazzo der Lebenswelt die beiden Subsysteme Ökonomie und Politik gegenüber. Während Lebenswelt durch Solidarität koordiniert wird, erfolgt die Steuerung der Subsysteme durch Geld und Macht. Lebensweltliche Anforderungen können nur insoweit durch das System verarbeitet werden, wie sie sich in die Sprache des Systems übersetzen lassen. Allerdings gelingt es der Lebenswelt in zunehmend geringerem Maße, sich gegen die Subsysteme zu behaupten. Da Politik und Ökonomie nur kraft rechtlicher Institutionalisierung in der Lebenswelt verankert sind, bildet das Recht die einzige gemeinsame Basis. Eine Anbindung der macht- und geldkodierte Subsysteme Politik und Ökonomie an die Lebenswelt ist nur über das Recht möglich. Die Rechtsordnung bestimmt den Rahmen legitimer Politik und Ökonomie und erfährt seinerseits seine prinzipielle Legitimation innerhalb lebensweltlicher Diskurse. „Moderne komplexe Gesellschaften lassen sich nicht über Moral, sondern nur über Recht koordinieren“ (S. 53). Verständigungsorientierte Diskurse innerhalb einer kritischen Öffentlichkeit ermöglichen so zugleich die Fortentwicklung des Rechts, wie auch seine Legitimation. Aufgabe des Diskurses ist „die Bereitstellung bzw. der Entzug von Legitimation“ (S. 70). Der mündige Bürger ist Urheber und Adressat der rechtlichen Normen. Indem der einzelne seine Interessen öffentlich zur Diskussion stellt, nimmt er Einfluss auf den Meinungs- und Willensbildungsprozess der Gesellschaft und wird zum politischen Bürger. Als zivilgesellschaftlicher Akteur mobilisiert er Öffentlichkeit und beeinflusst so das politische System. Das Engagement der Bürger hängt dabei sowohl von den Möglichkeiten zur Partizipation, i.e. der Anzahl der ihnen zur Verfügung stehenden Diskursarenen, als auch dem Willen zur Partizipation, i.e. deren politischer Kultur ab.

Eingehend setzt sich Palazzo in diesem ersten Teil mit den möglichen Einwänden hinsichtlich der Partizipationsrechte und -möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auseinander und diskutiert die Möglichkeiten manipulativer Einflussnahme auf den

* Dr. Michael S. Abländer, Internationales Hochschulinstitut Zittau, Lehrstuhl für Sozialwissenschaften, Markt 23, 02763 Zittau, Tel: ++49-(0)3583/7715-75, Fax: ++49-(0)3583/7715-85, Email: ass-laender@ihi-zittau.de

Diskursverlauf. Allerdings geht Palazzo davon aus, dass es möglich sei, „Arenen der Deliberation so einzurichten, dass der Einfluss massenmedialer Verfälschung möglichst gering gehalten werden kann“ (S. 111). Da sich im politischen Diskurs nicht zwischen strategischer Intention und kommunikativer Absicht der Teilnehmer unterscheiden lässt, und zudem der Diskurs „nicht Recht und Politik ersetzen, sondern deren legitimatorischen Fluchtpunkt bilden“ soll (S. 95), scheint eine schwache Diskursidee ausreichend für die Legitimation des Rechts. Das Gelingen eines Modells deliberativer Demokratie über die diskursive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Legitimationsprozessen der politischen und ökonomischen Gewalt hängt somit nicht von der Beteiligung des einzelnen ab, sondern fußt maßgeblich auf „der Permanenz und Vervollkommenung demokratischer Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen“ (S. 96). Entscheidend für die legitimatorische Unterfütterung der politischen Macht sind nunmehr die Foren, die eine Beteiligung am öffentlichen Diskurs zumindest prinzipiell ermöglichen. Palazzo spricht hier in Anlehnung an Habermas von der subjektlosen Intersubjektivität.

Die Gretchenfrage nach den Ausschlusskriterien für eine mögliche oder tatsächliche Diskursbeteiligung beantwortet Palazzo mit dem Verweis auf die performative Widerspruchlichkeit derartigen Verhaltens. Jene, die das System der deliberativen Willensbildung zivilgesellschaftlicher Ordnungen dennoch in Frage stellen, müssen jedoch ausgeschlossen werden, da sie nicht diskursfähig und damit systemschädlich seien. „Fundamentalistische Akteure stehen damit nicht nur außerhalb des zivilgesellschaftlichen Netzwerkes, sondern sind sogar ein bevorzugter Gegner“ (S. 102). Allerdings schränkt Palazzo unter Bezugnahme auf Bobbio ein, dass die Nagelprobe einer Gesellschaft in ihrer Toleranz gegenüber den Intoleranten bestünde. Für Zivilgesellschaften sei es lohnend, die Gründe des Fundamentalismus zu hinterfragen, da es sich hier um die Reaktion jener handeln könnte, die aufgrund ökonomischer, politischer oder kultureller Exklusionskriterien vom Diskurs ausgeschlossen oder mindestens benachteiligt sind.

Damit beantwortet Palazzo die von ihm selbst gestellte Frage jedoch nur zur Hälfte. Denn diese Antwort setzt den Gesellschaftstypus der deliberativen Demokratie bereits voraus, problematisiert mithin nicht den status quo ante. Wer von der Minderwertigkeit diskursiver Verfahren überzeugt ist, wird sich dem Diskurs verweigern. Im Gesellschaftsentwurf des Fundamentalisten sind Diskursforen unnötig. Eine Brücke zwischen deliberativer Demokratie und einer fundamental-religiösen Gesellschaftsordnung ließe sich in diesem Sinne nicht mehr schlagen. Die Antwort Palazzos kann an dieser Stelle daher nicht vollständig befriedigen.

Teil B seines Werkes widmet Palazzo der Weiterentwicklung des Modells einer deliberativen Demokratie nach Habermas. Das Modell der zivilen Bürgergesellschaft, so Palazzo, ist weitgehend ein nationalstaatliches Modell. Dieses gerät am Ende der Moderne unter Globalisierungsdruck. Fünf Trends verändern die gegenwärtige Gesellschaft mit zunehmender Geschwindigkeit: Individualisierung, Politisierung, Technologisierung, Globalisierung und Pluralisierung. „Durch diesen mehrfachen Modernisierungsschub wird die erste zur zweiten bzw. zur reflexiven Moderne“ (S. 110).

Da die Freiheitsbedrohung der Lebenswelt durch die Subsysteme ausschließlich individuell wahrgenommen werden kann, fordert Palazzo zunächst die Wiedereinführung

des Subjekts. „Es geht mir dabei nicht darum, eine Alternative zur subjektlosen Inter-subjektivität vorzuschlagen, sondern statt dessen einen Vorschlag zu entwickeln, wie dem Modell jenes Subjekt zurückgegeben werden kann, auf das es immer schon Bezug nimmt“ (S. 120). Dieses Subjekt versucht Palazzo dabei nicht konkret zu bestimmen, sondern als Prozess der individuellen Identitätsbildung in das Modell einzuführen. Idealtyp dieses neuen Bürgertypus zwischen deliberativer demokratischer Willensbildung und individueller Selbstfindung ist für Palazzo der „Dissident“. Er ist am Meinungsbildungsprozess der Öffentlichkeit maßgeblich beteiligt und findet seine persönliche Identität in der Rolle des Opponenten; er ist Reformator nicht Revolutionär. Wesentlich ist, dass sich der Reformator im Gegensatz zum Revolutionär nicht außerhalb der deliberativen Demokratie befindet. Er ist Teil der Zivilgesellschaft, deren Verfahren er befürwortet und maßgeblich unterstützt, obwohl er inhaltlich anderer Meinung ist und seine individuelle Freiheit verteidigt.

Palazzo rekurriert hier auf einen Freiheitsbegriff nach John Stuart Mill, hinter dem er allerdings in seiner Argumentation zurückbleibt. Rangiert bei Mill Freiheit als selbstständiger moralischer Wert über allem, wird Freiheit bei Palazzo durch die Verfahren der deliberativen Demokratie bestimmt. „So können auch Handlungseinschränkungen, die den Handelnden keine Gefahr bringen, von deliberierenden Mehrheiten beschlossen werden“ (S. 123) - für Mill ein ungeheuerlicher Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte des einzelnen. Das Dilemma, dass Mill einerseits Freiheit aus Gründen der Aufrechterhaltung der Gesellschaft beschränken muss (Considerations on representative Government), andererseits aber individuelle Freiheit unter allen Umständen als Wert an sich betrachtet (On Liberty), wird von Palazzo zu Gunsten seines deliberativen Ideals schlichtweg ignoriert.

Partizipation innerhalb der demokratischen Ordnung der Moderne bedeutet die Möglichkeit des einzelnen, qua Mobilisierung der Öffentlichkeit Einfluss auf das politische System zu nehmen. „Je stärker dabei der Einfluss der Zivilgesellschaft auf die politischen Institutionen, desto demokratischer die Gesellschaft“ (S. 129). Dies ist besonders dort von Bedeutung, wo durch den Verlust gemeinsamer Hintergrundüberzeugungen in der konkreten Entscheidungssituation nicht mehr auf „Üblichkeiten“ zurückgegriffen werden kann. Hier verabschiedet Palazzo den Gedanken, eine Einflussnahme auf Politik und Ökonomie sei ausschließlich in der Sprache des positiven Rechts möglich. Vielmehr geht er davon aus, dass innerhalb der modernen Zivilgesellschaft Foren bereitstehen, die eine direkte Kommunikation der kritischen Öffentlichkeit mit den einzelnen Systemen ermöglichen. „Moral hat ökonomische Konsequenzen, ohne auf den ökonomischen Code reduziert werden zu können. Gerade weil Moral als Moral im System verstanden werden kann, entfaltet sie eine ökonomische Wirkung“ (S. 143). Diese Feststellung Palazzos muss irritieren, denn ökonomische Konsequenzen entfalten heißt ja gerade, sich in Kosten und Geldgrößen messen zu lassen. Dies gibt Palazzo selbst zu, wenn er schreibt, „dass zivilgesellschaftlicher Widerstand dem ökonomischen System den moralischen Diskurs aufzwingt, indem es das System in seinem eigenen Code irritiert“ (S. 145). Insofern ist zwar einerseits der These Palazzos zuzustimmen, dass eine kritische Öffentlichkeit nicht ausschließlich qua positivem Recht, sondern auch auf direktem Wege Einfluss auf gesellschaftliche Subsysteme nehmen kann. Andererseits bleibt unklar, was Palazzo meint, wenn er von

einem kommunikativen Anschluss spricht. Ihre Schärfe entfaltet die Waffe des Boykotts eben nicht durch die moralische Entrüstung sondern durch die Abwanderung von Kaufkraft. Dabei ist es unerheblich, warum dem einzelnen Unternehmen Geldmittel entzogen werden. Strategisches und kommunikatives Handeln werden aus Sicht der Unternehmung gleichermaßen in monetären Größen abgebildet.

Allerdings ist Palazzo recht zu geben, wenn er von einer zunehmend schwächer werdenden Regelungskompetenz nationalen Rechts ausgeht. An die Stelle nationalstaatlicher Regelungen tritt angesichts zunehmender Globalisierungstendenzen die direkte Konfrontation von Öffentlichkeit und System. Den multinational agierenden Konzernen stehen multinational agierende Interessengruppen gegenüber. Kritische Öffentlichkeit in diesem Sinne manifestiert sich nicht mehr in einem politischen Druck gegenüber dem Gesetzgeber sondern formiert sich in Netzwerken, die direkt auf die transnational gewordenen Subsysteme einwirken.

Problematisch erweist sich in diesem Zusammenhang jedoch, dass sich Solidarität innerhalb weltweit agierender Gruppen nicht mehr kraft gemeinsamer Überzeugungen herstellen lässt, sondern nur mehr durch verständigungsorientierte Kommunikation über je individuelle Werthaltungen. Es scheint dabei eher unwahrscheinlich, dass es bei dieser Kommunikation „unter Fremden“ zu konsensuellen Lösungen kommen wird. „Der Konsens wird zur Ausnahme, die Dissensbewältigung zur Normalität“ (S. 159). Entsprechend löst sich Palazzo von der Idee des Konsenses als Ziel verständigungsorientierter Diskurse. Ziel sei es nur mehr zu verhindern, dass sich Differenzen zu Konflikten auswachsen. In diesem Sinne gilt, dass Differenzen als positiv zu betrachten sind und bestehen bleiben sollen, dass zugleich aber der Diskurs als Verfahren der Konfliktvermeidung allgemeine Zustimmung erfährt. Palazzo spricht hier vom „Vorrang des Kommunikationsprozesses vor dem Kommunikationsergebnis“ (S. 176). Auch Lösungen, die von Minderheiten keine Zustimmung erfahren, sollen akzeptiert werden, um der Einhaltung des Verfahrens willen. „Die Frage der Legitimation verlagert sich vollständig in den Prozess“ (S. 173). Dies erinnert an die Anekdote über den Wiener Hofprediger Abraham a Santa Clara, von dem berichtet wird, dass er einem wenig reuigen französischen Edelmann, der ihm einen Ehebruch beichtete, dies aber durchaus nicht bereuen wollte, mit der Frage, ob er denn wenigstens bereuen könne, den Ehebruch nicht bereuen zu können, die Brücke zur Absolution baute. Wer sich nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen kann, soll sich wenigstens darauf einigen können, keinen gemeinsamen Standpunkt zu haben. Und so muss auch Palazzo zugeben, dass der Beigeschmack des second best sich erst dann von diesem Verfahren lösen wird, wenn es gelingt, Dissense als konstitutiv für den Diskurs zu betrachten. Nur so „können auch Kompromisslösungen legitimatorisch eingefangen werden“ (S. 172). Das Ergebnis derartiger nicht auf Konsenserzielung gerichteter Diskurse bezeichnet Palazzo als „vernünftigen Dissens“ (S. 173). Er muss auch von der im Kompromiss unterlegenen Partei akzeptiert werden. Wesentlich ist die Überlegung, dass eine Zustimmung zu diesem Verfahren insbesondere dadurch legitimiert wird, dass der einzelne innerhalb verschiedener Diskurse mindestens theoretisch die Möglichkeit hat, selbst erneut eine Majorität herzustellen, die die Akzeptanz der Entscheidung von der unterlegenen Partei erwarten darf. Problematisch bleibt allerdings der dauerhafte Ausschluss von Minderheiten aus dem Diskurs oder die permanente

Unterlegenheit bestimmter Gruppen innerhalb der Diskurse. Damit wird die Akzeptanz des Verfahrens aufs Spiel gesetzt und dem Verfahren langfristig seine legitimatorische Basis entzogen.

Dass dieses Modell durchaus einiges an Erklärungspotential für die Deutung sozialer und politischer Prozesse bereithält, stellt Palazzo bei seiner Interpretation der deutsch-deutschen Wiedervereinigung unter Beweis. Gerade hier lassen sich die Schwierigkeiten eines „Zusammenwachsens“ durchaus aus der Perspektive unterschiedlicher historischer Erfahrungen mit deliberativer Willensbildung und aus der Frustration „permanenter Diskursverlierer“ heraus erklären.

Abschließend wagt Palazzo einen Blick in die Zukunft, indem er seine Utopie einer „Weltbürgergesellschaft“ entwickelt. Globalisierung wirkt hier nicht nur einseitig zu Gunsten multinationaler Konzerne, die sich der Steuerung ihrer Aktivitäten durch nationales Recht entziehen. Globalisierung bedeutet auch, dass ökonomische Akteure in weit stärkerem Maße im Licht der Öffentlichkeit stehen. Moralisches Fehlverhalten in einem Teil der Welt, wird mit Sanktionen in einem anderen Teil der Welt abgestraft. Kritische Öffentlichkeit artikuliert sich transnational. Nicht die weltweite Ausweitung nationaler Steuerungsmöglichkeiten, i.e. ein allumfassendes internationales Recht und eine Art Weltregierung, wird künftig Einfluss auf die globalisierte Ökonomie nehmen, sondern die direkte Einwirkung einer transnationalen Öffentlichkeit. „Liliput ersetzt Leviathan“ (S. 231) lautet die prägnante Formel Palazzos. Kritische Öffentlichkeit im transnationalen Raum einer globalen Gesellschaft wirkt nicht mehr mit Hilfe ihres Einflusses auf einen „allmächtigen Staat“ qua (supra)nationalem Recht auf andere Systeme ein, sondern durch die Möglichkeit, ihre Meinung in flexibel agierende, weltweit operierende sich stets neu bildende Interessenverbände einzubringen, die das Verhalten großer Konzerne öffentlich machen und entsprechenden Sanktionsdruck direkt ausüben können. „Als Konsumenten machen die Bürger den Kaufakt zum Stimmzettel“ (S. 235).

Palazzo ist sich dessen bewusst, dass sein Entwurf einer globalen Öffentlichkeit utopischen Charakter trägt. Dies wird an seiner eigenen Diskurskritik deutlich. Weder kann eine allgemeine Beteiligungsmöglichkeit garantiert, noch eine strategische Unterwanderung verhindert werden. Auch bleibt fraglich, ob Dissense wirklich von allen Beteiligten gewünscht werden. Dies zum einen deshalb, da Palazzo hier aus einer westlichen Sichtweise argumentiert, die entsprechende Werturteile über den Diskurs als Lösungsverfahren bereits voraussetzt. Zum anderen deshalb, da der Konsens über die Gültigkeit des Verfahrens auf der Annahme beruht, mindestens prinzipiell als unterlegene Minderheit erneut eine öffentliche Majorität mobilisieren zu können, was Palazzo selbst in seiner Beschreibung des deutsch-deutschen Verhältnisses als problematisch aufweist. Dennoch: Palazzo kennt die Schwächen seiner Argumentation und versucht keineswegs diese zu verschweigen. Sein Buch stellt keine abschließende Lösung der Probleme gesellschaftlicher Verständigung dar, sondern bildet den Versuch einer Restituierung einer Zivilgesellschaft zwischen Liberalismus und Republikanismus, einer Zivilgesellschaft, der im Rahmen einer globalisierten System- und Lebenswelt eine neue normenkonstituierende Bedeutung zukommt, einer Zivilgesellschaft als Mitte der Demokratie.